StOAR Idel trägt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses und des Verwaltungsausschusses vor.

RM Eggerichs, Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, stellt die finanzielle Situation der Stadt Schortens anhand von Zahlen dar. Er führt aus, dass die Ausgaben im Ergebnishaushalt über 28,8 Millionen Euro betragen und die Einnahmen 27,3 Millionen Euro und sich daraus eine Unterdeckung von 1,5 Millionen Euro ergibt. Der Anteil an der Einkommenssteuer und die Schlüsselzuweisungen betragen im Rechnungsergebnis des Jahres 2011 16 Millionen Euro, im Jahr 2013 werden 18,3 Millionen erwartet, was ein Plus von 2,3 Millionen bedeute. Im gleichen Zeitraum werden die Personalkosten und die Kreisumlage um 2 Millionen steigen. Die Mehreinnahmen werden daher gerade dazu ausreichen, die Mehrausgaben der beiden höchsten Positionen „Kreisumlage“ und „Personalkosten“ decken zu können. Insgesamt bestehe dort ein Plus von 100.000 Euro, da die Steuern 100.000 Euro mehr einbringen als die bereits genannten Positionen.

Zum Investitionshaushalt führt er aus, dass zur Finanzierung der Investitionen eine Kreditaufnahme von ca. 7,3 Millionen Euro erforderlich sein wird. Bei einer Tilgung von 0,83 Millionen werde die Neuverschuldung 6,5 Millionen betragen. Somit könnten die langfristigen Schulden am Ende des Jahres 2013 bei 20,5 Millionen liegen. Also ein möglicher Anstieg von etwa 8 Millionen innerhalb zweier Jahre, was einer „Pro Kopf-Verschuldung“ von vermutlich knapp unter 1.000 Euro entspricht. Wichtige Investitionen seien das Aqua-Toll mit einem Kostenvolumen von 6 Millionen Euro, der Straßenbau Kreuzweg Ost mit 250.000 Euro, die Umlegung der Kreisstraße 95 mit 200.000 Euro, die Umgestaltung des Nordfrost-Rings mit 198.000 Euro und der Erwerb des Feuerlöschfahrzeuges für die Ortswehr Accum für 100.000 Euro.

Abschließend dankt er den Fachausschüssen sowie der Verwaltung, die dazu beigetragen haben, dass der Haushalt 2013 nahezu fristgerecht verabschiedet werden kann.

RM Freygang erklärt, dass der Haushalt 2013 von der Sanierung und der Attraktivitätssteigerung des Freizeitbades Aqua-Toll geprägt ist. Der gesamte Haushalt werde durch die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 6 Millionen überlagert, so dass auch die Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen von diesem Thema geprägt waren. So sei es erforderlich gewesen, geplante Investitionen in anderen Bereichen zurückzustellen oder zu streichen. Dies sei für die Beteiligten sehr schmerzlich, für diesen Haushalt jedoch notwendig gewesen. Besonders in diesem Jahr haben die Fachausschüsse aus Sicht der CDU-Fraktion hierzu eine hervorragende Arbeit abgeliefert.

Die CDU habe auch in diesem Jahr wieder eine Menge Ziele mit einem Einsparvolumen von rund 350.000 Euro eingebracht. Eines dieser Ziele sei die „Schaffung von zentrumsnahem Wohnraum“- z. B. durch die Reduzierung von Spielplätzen und Verkauf als Bauplätze. Nächstes großes Ziel sei die „Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Einrichtungen um 5 % im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2012“. Wichtige Ziele seien zudem die „Rückführung des Defizites im Ergebnishaushalt auf Null in den nächsten 5 Jahren“ – jedoch mit Ausnahme von Investitionen, die zur Ertragsverbesserung führen - und die „Reduzierung des Personalkostenanteils auf unter 25 % des Gesamtetats bis zum Jahr 2018“. Dieses

seien ambitionierte Ziele, die zur mittelfristigen Konsolidierung des Haushaltes beitragen werden.

Die gute Infrastruktur, die gemeinsam in den letzten Jahren geschaffen wurde, solle erhalten bleiben. Als einige Beispiele hierfür nennt er das Jugendzentrum, den Streetworker, die Kinderbetreuung, die Einrichtung von Ganztagschulen und die Familienbetreuung. Aus Sicht der CDU-Fraktion werden diese „weichen Faktoren“ auch in Zukunft dazu führen, dass Bürger ihren Wohnsitz in der Stadt Schortens nehmen. Die Stadt sei hiermit gut aufgestellt, um den erwarteten Zuwachs von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch den erhofften Aufschwung beim JadeWeserPort und u. a. der Lebensmittelfabrik in Roffhausen zu begegnen. Es gebe für diesen Haushalt nur eine Linie, und zwar ihn zu genehmigen. Wer diesen Haushalt ablehnt, der spreche für die Schließung oder den Abriss des Freizeitbades Aqua-Toll. Das wolle die CDU nicht für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schortens, des Landkreises Friesland sowie anderer Umlandgemeinden und natürlich auch nicht für den Tourismus. Abschließend teilt RM Freygang mit, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt 2013 zustimmen wird.

RM Just teilt die Auffassung des RM Freygang nicht, dass sich Mitglieder des Rates, die dem Haushalt nicht zustimmen, gleichzeitig gegen die Sanierung und die Erweiterung des Freizeitbades Aqua-Toll aussprechen. Auch sei es nicht richtig, dass der gesamte Haushalt durch diese Maßnahme überlagert wird.

Diese Investitionen würden lediglich andere Investitionen ausschließen, und zwar aufgrund der Aussage der Kommunalaufsicht, wonach eine Neuverschuldung auf 20 Millionen Euro schon zu hoch sei. Dies habe zur Folge, dass andere vorgesehene Investitionen, u. a. im Bereich der Sportplätze, nicht durchgeführt werden können. Die Investitionen für das Aqua-Toll würden daher lediglich den investiven Teil des Haushaltes überlagern.

Die Mehrbelastung für den Ergebnishaushalt sei nicht nur Null, wahrscheinlich werde dieser durch diese Investition die nächsten 15 bis 20 Jahre sogar entlastet, da sich die Unterhaltungskosten des Bades nach der Sanierung im Vergleich zu den vergangenen Jahren - als es in einem sanierungsbedürftigen Zustand war - verringern würden. Da der Haushalt durch diese Investition entlastet wird, spricht sich die BfB/UWG-Gruppe für die Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll und die Erweiterung um den Saunabereich aus.

Weiter führt RM Just aus, dass die Gruppe dem übrigen Haushalt nicht zustimmen wird. Er begründet diese Entscheidung mit der aus Sicht seiner Gruppe verfehlten Ausgabenpolitik der vergangenen Jahre.

In den letzten Jahren habe ein Haushaltsdefizit von 700.000 Euro bestanden, inzwischen sei die Stadt bei einem laufenden Defizit von 1,4 Millionen angelangt, das in 2015/2016 2,1 Millionen betragen wird, was eine Verdreifachung des laufenden Defizits darstellt. Dies stellt für RM Just neben der Explosion der langfristigen Schulden – die jahrelang bei 10 bis 11 Millionen Euro lagen, inzwischen bei 14 Millionen angelangt sind und in den folgenden Jahren sogar noch ansteigen sollen auf 20 bis 24 Millionen - das Hauptproblem dar.

RM Just stellt daraufhin die finanzielle Situation der Stadt Schortens im Vergleich zu den anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Landkreis Friesland dar. Lediglich bei der Stadt Schortens bestünden sowohl Probleme im laufenden Haushalt als auch bei den langfristigen Schulden. Dieses könne jedoch nicht nur auf

die Einbrüche bei den Einnahmen zurückgeführt werden. Seit 2006 seien die Einnahmen der Stadt aus den Hauptposten „Gewerbsteuer“, „Grundsteuer“, „Schlüsselzuweisungen vom Land“ und „Einkommensteueranteil vom Bund“ stets gestiegen, im Schnitt um 1 Million Euro. Dennoch habe man es trotz stetig steigender Einnahmeverbesserung geschafft, das laufende Defizit erst zu erzeugen, dann zu verdoppeln und die nächsten Jahre perspektivisch sogar zu verdreifachen. Grund dafür seien die von RM Freygang angesprochenen Positionen, an denen unbedingt festgehalten werden soll.

Solange man an diesen Positionen festhalte, könne das Ziel „Senkung der Personalkostenquote von über 30 % auf 25 % ab 2018“ jedoch nicht erreicht werden, da dieses laufende Defizit - welches sich jetzt auf 1,4 Millionen beläuft und in Zukunft bei 2,1 Millionen Euro liegen wird - vor allem aufgrund der Steigerung der Personalausgaben entstanden sei. Hierzu erläutert er die Entwicklung der Personalausgaben in den vergangenen vier Jahren. Die derzeitige Personalquote der Stadt Schortens betrage 30 %, wonach gemäß Auskunft der Kommunalaufsicht eine Quote von 20 % bis 22,5 % akzeptabel wäre. Der Landkreis habe aber nicht nur gesagt, was akzeptabel sei, sondern er habe der Stadt die Reduzierung der Personalquote als Vorgabe bzw. sogar Bedingung auferlegt für die Durchführung der Sanierung des Freizeitbades Aqua-Toll. Für 2013 sei aber keine Senkung der Personalkosten geplant, sondern ein Rekordanstieg um 10 %, um 866.000 Euro. Ziel der BfB/UWG-Gruppe sei es, mit der Senkung der Personalkosten jetzt anzufangen und diese vor einer Senkung nicht auch noch zu erhöhen.

Die Personalkostensteigerung sei nicht nur auf die Tarifierhöhung von 2,5 %, zurückzuführen. Die Steigerung in Höhe von 10 % im kommenden Jahr werde zu 7,5 % durch Neueinstellungen verursacht. Damit verletze man auch eine zweite Vorgabe des Landkreises. Dieser habe neben einer Senkung der Personalkosten auch gefordert, keine Neueinstellungen zu tätigen, sofern keine Einsparungen an anderer Stelle erfolgen.

Aufgrund der Rekordsteigerung bei den Personalausgaben um 10 %, der zweifachen Verletzung der Vorgabe der Kommunalaufsicht und aufgrund der Erhöhungen der Gewerbe- und der Grundsteuer lehne die BfB/UWG-Gruppe diesen Haushalt ab.

RM von Heynitz erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem vorliegenden Haushalt nicht zustimmen kann. Dieses liege im Prinzip zu 100 % an der hohen Investition für das Freizeitbad Aqua-Toll. Wie bereits in der vorletzten Sitzung dargestellt, gehe seine Fraktion nicht davon aus, dass diese Investition zu einer Entlastung des Haushaltes führt. Seine Fraktion hätte sich andere, kreativere Lösungen gewünscht, die aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Aus diesem Grunde vertrete sie nach wie vor die Meinung, dass die Stadt diese 6 Millionen Euro nicht zusätzlich investieren kann. Ein prognostiziertes Defizit in Höhe von 20,5 Millionen Euro sei einfach zu viel. Selbst die Kommunalaufsicht habe der Stadt eine Menge Auflagen auferlegt. Anhand dieser Auflagen sei erkennbar, dass selbst die Kommunalaufsicht nicht an einen Anstieg der Besucherzahlen glaubt.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des RM von Heynitz führt **BM Böhling** aus, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland Bedenken gegen die höhere Verschuldung geäußert hat, jedoch habe sie sich nicht gegen das Konzept für die Sanierung und die Erweiterung des Freizeitbades ausgesprochen. Hinsichtlich der Verschuldung habe sie eine Schmerzgrenze benannt, woraufhin die Verwaltung

Gespräche mit dem Landkreis Friesland geführt hat, deren Ergebnisse in den Haushalt eingeflossen sind und die diesen prägen.

Näher geht BM Böhling auf die angesprochene „Personalkostenquote“ ein, die sich aus dem Verhältnis der Personalausgaben zu den Gesamtausgaben der Stadt ergibt. Hierbei sei auch die Höhe der Gesamtausgaben einer Stadt zu betrachten. Die Gesamtausgaben der Stadt Schortens seien weitaus niedriger als im Landesdurchschnitt. Demzufolge sei auch der prozentuale Anteil der Personalausgaben entsprechend höher. Zu den Ursachen der Personalausgaben müsse man aber auch sagen, dass die Stadt Schortens über ein sehr vorbildliches Kinderbetreuungskonzept verfügt und bereits jetzt die ab dem Jahr 2013 geltende gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung von Krippenplätzen mit einer Quote von mindestens 35 % erfüllt. Die frühzeitige Entscheidung der Ratsgremien, diesen Rechtsanspruch so schnell und so früh wie möglich zu erfüllen, erachtet er als sehr weitsichtig, zumal der Anspruch in Schortens bereits heute erfüllt wird, und zwar mit einer Quote von 42 %. Es sei richtig, dass sich hierdurch für die Stadt im kommenden Jahr eine hohe Personalkostensteigerung ergibt, im übernächsten Jahr jedoch nicht mehr. Die Steigerung der Personalkosten müsse man daher auch in Relation zu den bestehenden Aufgaben betrachten.

Natürlich gebe es im sozialen Bereich freiwillige Aufgaben, die der Rat gemeinsam mit großer Mehrheit beschlossen hat, wie z. B. die Ganztagsbetreuung und die sozialpädagogische Betreuung an den Grundschulen sowie die Nachmittagsbetreuung. Jeder Rat setze sich Schwerpunkte und in Schortens sei in den vergangenen Jahren mit großer Mehrheit die Erreichung einer guten Infrastruktur im Krippenbereich, in den Kindergärten und in den Schulen als Ziel festgelegt worden. Hierauf könne die Stadt stolz sein. Natürlich müsse die weitere finanzielle Entwicklung in den nächsten Jahren besondere Beachtung finden. Er gehe aber davon aus, dass dieses gemeinsam gelingen wird.

RM Eggerichs erklärt, dass die Höhe des bei der Maßnahme Aqua-Toll sicherlich bestehenden Risikos von jedem unterschiedlich eingeschätzt wird. Zu berücksichtigen sei einerseits die Zinsentwicklung und andererseits die von einigen Ratsmitgliedern gesammelten Erfahrungen während des Umbaus des Dorfgemeinschaftshauses zum Bürgerhaus vor 20 Jahren und des Umbaus vom früheren Hallenbad zum heutigen Aqua-Toll Anfang der 1990er-Jahre. Beide Maßnahmen seien sicherlich keine Glanzleistung gewesen, weil die Kostenrahmen aufgrund von zusätzlichen, während der Bauphasen geäußerten Wünschen ziemlich deutlich überschritten wurden. Angesichts der heutigen, äußerst angespannten finanziellen Lage könne sich die Stadt solche Überschreitungen des Kostenrahmens nicht leisten. Hauptaufgabe des eingerichteten „Freizeitbad-Ausschuss“ sei es daher, zunächst die Einhaltung des Kostenrahmens von 6 Millionen sicherzustellen. Ausnahmen seien in Absprache mit der Kommunalaufsicht nur möglich, wenn die Stadt Maßnahmen zur Einsparung von Energie erbringt, die zu einer Amortisation während der Niedrigzinsphase führen. Er regt an, eine von der Verwaltung vorgelegte Bauprioritätenliste als Grundlage für zeitliche Verschiebungen von Maßnahmen im Falle einer erforderlichen Überschreitung des Kostenrahmens der Maßnahme Aqua-Toll zu verwenden. Als Risikominderung diene auch die Tilgung vom ersten Tag an. Verstärkte Aufgabe der Verwaltung und des Rates sei es, mittelfristig einen nachhaltigen Ausgleich des Ergebnishaushaltes sicherzustellen und die Neuverschuldung Richtung Null zu mindern.

Durch eine Vielzahl von Beschlüssen habe der Rat die Einnahmen bereits erhöht und Ausgaben vermindert. Da Kostensteigerungen in verschiedenen Bereichen jedoch nicht zu verhindern sind, entstehe der Eindruck, man habe nichts erreicht. Abschließend teilt er mit, dass die SPD/FDP-Gruppe dem Haushalt zustimmt. Die Sanierung und Attraktivitätssteigerung des Freizeitbades werde unterstützt verbunden mit der Aufforderung, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, die Maßnahme in dem vorgegebenen Kostenrahmen von 6 Millionen durchzuführen, damit auch zukünftige Räte über einen gewissen Spielraum verfügen können.

Näher geht er auf die Entwicklung der Personalkosten ein. Der Anstieg der Lohnkosten sei auf die Tarifierhöhung und auf die ganzjährige Öffnung sämtlicher Krippen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen zurückzuführen. Zum Redebeitrag des RM Just führt er aus, dass ein Vergleich der Personalkosten mit anderen Kommunen lediglich dann möglich sei, wenn hierzu vergleichbare Kommunen ausgewählt werden.

Eine Senkung der Personalkosten um 30 % sei durch eine Übergabe der kommunalen Kindergärten an einen freien Träger – wie in vielen anderen Kommunen - sicherlich möglich. In diesem Falle würde sich die Summe der Personalkosten im Haushalt verringern. Eine Einsparung auf der Ausgabenseite würde sich jedoch nicht ergeben, da hierfür Zuwendungen an die freien Träger Berücksichtigung finden müssten. Auf der Ausgabenseite würden sich dadurch keine großen Vorteile ergeben.

RM Homfeldt erklärt, dass der Stellungnahme des Landkreis Friesland zu entnehmen sei, dass das Vorhaben „Aqua-Toll“ aufgrund der Wichtigkeit für den Tourismus, vor allem aber wegen der Bedeutung des Schulschwimmens für den gesamten Landkreis durchaus Unterstützung findet.

Aufgrund der großen sozialen Rolle sei ein zusätzlicher Ausschuss eingerichtet worden, um eine enge Begleitung der Planung und der Ausführung der Arbeiten sowie die damit verbundene Einhaltung des Kostenrahmens durch Rat und Verwaltung sicherzustellen. Der Rat der Stadt Schortens habe den Mut, in schwierigen Zeiten dieses Geld in die Hand zu nehmen, weil seine Mitglieder daran glauben, dass die Stadt Schortens ein guter Standort und die Perspektive der Stadt und auch des Landkreises Friesland sehr gut ist.

Der Rat leiste sich mit großer Mehrheit ein Kinderbetreuungskonzept, das in der Region seines Gleichen sucht. Der Bürgermeister habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Stadt Schortens diese Kosten für die ausführliche und umfangreiche Kinderbetreuung bereits jetzt im Haushalt berücksichtigt. Dies stehe den anderen Kommunen jedoch noch bevor. Dass Schortens den Rechtsanspruch zur Bereitstellung der Kinderbetreuung schon jetzt erfüllt sei ein wichtiger Punkt, da der Anteil an der Einkommensteuer doppelt so groß sei wie der Anteil Gewerbesteuererinnahmen. Eine Erhöhung des Einkommensteueranteils könne jedoch nur erreicht werden, wenn gut qualifizierte Menschen mit gut bezahlten Arbeitsplätzen die Stadt Schortens als Wohnsitz wählen. Für diese Menschen müsse ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld geschaffen werden, was mit Kosten verbunden ist. Dieses sei in der Tat ein Dilemma, in dem die Stadt steckt, jedoch habe sich der Rat dazu entschieden, in die Stadt zu investieren.

RM Borkenstein schließt sich den Ausführungen des RM Homfeldt zur Stellungnahme des Landkreises an und führt ergänzend aus, dass der vorgelegte Businessplan vom Landkreis akzeptiert wurde.

Die vom RM Just genannten Vorschläge zur Einsparung von Personalkosten beurteilt er sehr kritisch, da diese eine Entlassung von ca. 50 bis 60 Mitarbeiter/-innen entsprechen würde. Eine solche Aussage dürfe nicht im Raum stehen bleiben.

RM Just erklärt, nicht von Entlassungen gesprochen zu haben. Durch ständige Nutzung natürlicher Fluktuation seien beim Personal Einsparungen von jährlich ca. 3,5 % möglich. Sicherlich gebe es noch mehr Möglichkeiten. Die Gruppe unterstütze das Ziel „Senkung der Personalkostenquote“, jedoch sollte damit nicht erst im Jahr 2018, sondern schon jetzt begonnen werden. Bezug nehmend auf die Ausführungen des Bürgermeisters zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben für die Kinderbetreuung und die damit verbundenen Personalkosten führt er aus, dass die Stadt nicht nur die gesetzlichen Anforderungen in Höhe von 35 %, sondern 42 % erfüllt. Seine Gruppe würde eine Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben unterstützen, ein Problem sehe sie jedoch in der Übererfüllung, die etwa 1,3 Millionen Euro zusätzliche Kosten bedingt, die sich die Stadt nicht leisten könne. Gleiches gelte für die Jugendwerkstatt, deren Trägerschaft ab Januar 2013 auf den Landkreis übergeht, und das Zentrum für Kinder, Jugendliche und Familien. Hierzu erläutert er die Kostensituationen. Diese ständige Übererfüllung unterstütze seine Gruppe nicht.

RM Klotz betont, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht gegen das Aqua-Toll, sondern die Art und Weise der Investition ausspricht. Die Ausführungen des Landrates seien unterschiedlich interpretiert worden. Richtig sei, dass sich die Kommunalaufsicht nicht in die Selbstverwaltung der Kommunen einschaltet und die Verantwortung bei der Stadt liege, jedoch sollten bestimmte Signale gedeutet werden.

BM Böhling führt aus, dass durch die Darstellungen des RM Just der Eindruck entstehe, die Stadt beschäftige zu viele Mitarbeiter/-innen. Jedoch sei dem Bericht der Niedersächsischen Kommunalprüfungsanstalt zu entnehmen, dass die Kernverwaltung in Schortens weit unter Durchschnitt besetzt ist.

RM Eggerichs bezieht sich auf die Ausführungen des RM Just und weist u. a. darauf hin, dass den Ausgaben für die Kinderbetreuung auch Einnahmen in Form von Gebühren gegenüberstehen.

Hinsichtlich der Diskussion zur Personalkostenquote gibt er zu bedenken, dass es sich bei der Stadt Schortens nicht um einen produzierenden Betrieb handelt, in dem sich die Beschäftigtenanzahl nach der Auftragslage richtet. Die Zahl der Beschäftigten einer Stadt richte sich nach den Aufgaben, die sie für ihre Bürger/-innen zu erfüllen hat. Die Beschäftigtenzahl könne daher nicht ohne weiteres im Rahmen der Fluktuation reduziert werden, da eine Wiederbesetzung für die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung grundsätzlich erforderlich sei.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass das Ziel „Senkung der Personalkostenquote auf 25 % des Gesamtbudgets“ nicht ab, sondern bis 2018 umgesetzt werden soll. Er gibt zu bedenken, dass es sich bei der Verwaltung mit rund 270 Mitarbeitern/-innen um

ein relativ großes Unternehmen handelt und Veränderungen daher einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen.

RM Ostendorf führt aus, dass das Ziel der CDU-Fraktion, die Personalkostenquote in den nächsten 5 Jahren auf 25 % zu senken, eine Senkung der Personalkosten innerhalb dieses Zeitraumes um 15 % bedeute, was einer Anzahl von 40 Mitarbeitern entspricht. Dieses Ziel könne nur durch Fluktuation erreicht werden. Die BfB/UWG-Gruppe möchte nicht, dass dies unbedingt zu Kündigungen führt. Jedoch müsse auch die Tarifsteigerung in den nächsten 5 Jahren Berücksichtigung finden, so dass es nicht bei einer Quote von 15 % bleiben könne, vielmehr sei eine Senkung um 20 % notwendig.

RM Labeschautzki bezieht sich auf die Aussagen der BfB/UWG-Gruppe zur Personalkostenquote und regt an, Überlegungen hinsichtlich einer Steigerung der Einnahmen anzustellen. Der Rat habe sich mit großer Mehrheit das Ziel gesetzt, die Stadt Schortens als Wohnsitz für junge Familien attraktiv zu machen, was eine gute Kinderbetreuung einschließt.

RV Fischer lässt anschließend über den nachfolgend aufgeführten Beschlussvorschlag abstimmen: